

WALTHARI®

Aktuelle Beiträge

10. Januar 2008

Moralpause: Wahlkämpfer im Parteienstaat

Von Univ.-Prof. Dr. E. Dauenhauer

Man kann sicher sein: Je näher im Parteienstaat ein Wahltermin rückt, um so lauter wird die Eigenpropaganda – das nähme man noch verfassungshalber hin – und um so mehr schwinden Anstand, Moral und Wahrheitsgehalt in den Äußerungen vieler Wahlkämpfer. **Nicht wenige der Kontrahenten üben sich umstandslos in so übler Gegnerherabsetzung**, daß einst ein berühmter deutscher Literat sich vom Parteienstaat angewidert abwandte mit der Bemerkung, was denn wohl von einer parteienvorgewalteten Demokratie zu halten sei, in welcher Mandatsbewerber übereinander herzufallen pflegen, als wären es...

Im gegenwärtigen Wahlkampf um die Hessen- und Niedersachsenmandate ist es nicht anders. Soweit bekannt, hat kein Wahlkämpfer beim Bundespräsidenten um eine Anstandsdispens nachgesucht, auch keiner um eine Moraldispens bei den Bischöfen Lehmann (katholisch) oder Huber (evangelisch) und auch keiner beim Bundesverfassungsgericht, das bekanntlich die Richtlinien der Politik häufig geraderücken muß, um eine Verfassungsdispens (das Grundgesetz verpflichtet immerhin in Artikel 21 die Parteien auf das höchste moralische Rechtspostulat: auf dieWahrung der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung«).

Wie anständig verhält sich Exbundeskanzler Gerhard Schröder, wenn er sich vom hessischen MP Koch vorhalten lassen muß, ehemals genau das gefordert zu haben (»kriminelle Ausländer... raus aus Deutschland«), was Koch nunmehr fordert, was aber Schröder an der Koch-(Schröder)-Forderung für

unanständig hält? Wieviel politische (Un-)Moral steckt in Kurt Becks Programm des »demokratischen Sozialismus«, dessen historisch durchgespielten Varianten sämtlich in Volksverarmung und Freiheitseinschränkungen führten? Wie glaubwürdig ist noch Bundeskanzlerin Merkel angesichts gebrochener Wahlversprechen (keine Mehrwertsteuererhöhung) und ihres planwirtschaftlichen Regierungsprogramms (in der Gesundheitspolitik u.a.)? **Wie steht es um die Meinungsfreiheit in einem parteiendurchsetzten Staat**, wenn einem Staatsanwalt aus durchsichtigen Gründen Redeverbot erteilt wird? Wie ehrlich wird die Mindestlohndebatte geführt, wenn ökonomischer Sachverstand keine Rolle spielt (Bert Rürups Rat ausgenommen)?

Der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Horst Möller, gab dieser Tage den **niederschmetternden Satz zu Protokoll**: »... in repräsentativen Demokratien... ist das freie Mandat der Abgeordneten längst ausgehöhlt« (FAS Nr. 1/08., S. 11). Längst! Das heißt nichts weniger, als **daß der Parteienstaat versagt hat** (vgl. dazu auch »Aktive Bürgergesellschaft in einem gebändigten Staat«, 2007; Näheres unter Fenster Sachbücher in diesem *WALTHARI*-Portal) und daß er massiv gegen Artikel 38 des GG verstößt (»Die Abgeordneten... sind... nur ihrem Gewissen unterworfen«). Dennoch wird dieser Zustand in den Medien kaum kritisiert, im Gegensatz zu Äußerungen aus der Wissenschaft und Justiz. **Das Medienversagen erklärt** zu einem guten Teil, warum das Parteiensystem zu einer Art Staat im Staat geworden ist und sich Verfassungsverstöße (vgl. die Auflistung in diesem *WALTHARI*-Portal) sanktionslos leisten kann (so bei den jahrelangen Verstößen gegen Art. 115 GG u.a.). Man darf freilich nicht vergessen, daß die Medien von dem Parteientheater kräftig profitieren: mit Auflagen- und Quotensteigerungen (in Talkshows u.ä.): **Wie eng das Parteien- mit dem öffentlich-rechtlichen Mediensystem verbunden ist, belegt ein Blick auf die Zusammensetzung der Verwaltungsräte und auf die Ernennung bei Führungsstellen in den Sendern.**

Die etablierten Parteien haben es geschafft, sich einen lukrativen internen Arbeitsmarkt in und um die Parlamente zu schaffen. **Der letzte parteienfrei gewählte Mandatsträger gehörte dem Bundestag vor rund fünfzig Jahren an.** So gesehen, sind die Parteien einer der größten Arbeitgeber im Lande; man kann die Zahl der Mandatsträger von den Kommunen aufwärts bis zum Bundestag zusammen mit deren Begleitpersonal auf über einhunderttausend Personen schätzen. Ohne Parteibuch oder Parteinähe hat selten jemand Zutritt zu diesem Arbeitsmarkt, der quasi als geschlossen bezeichnet werden kann.

Das erklärt die wilde Entschlossenheit, mit der die Parteien in die
Wahlkämpfe ziehen. Denn...

© WALTHARI®, Aus: www.walthari.com

Wird fortgesetzt